

Zur Einleitung

Wie wohl die große Mehrheit der Menschen in unserem Land, in Europa und auch weltweit, waren wir alle entsetzt über die Nachrichten von den Anschlägen in Frankreich. Aber nicht nur in Frankreich, auch die Anschläge in Tunis, Istanbul und die Bilder verzweifelter Flüchtlinge an den Grenzen der Europäischen Union, in Griechenland, in Kroatien, in Slowenien und vielen anderen Ländern. All das heißt für uns Schluss mit Gewalt, Schluss mit Kriegen, Schluss mit der deutschen Beteiligung an Kriegen.

Warum, so frage ich mich, hat man nach 15 Jahren Afghanistan nichts daraus gelernt und will erneut Deutschland in einen Krieg verwickeln. Deutsche Recce-Tornados sind bereits in Afghanistan geflogen und nach der Zielaufklärung über die Tornados folgten immer die todbringenden Bombenangriffe. Für mich bleibt es dabei: Der Kampf gegen den Terror kann gewonnen werden, der Krieg gegen den Terror niemals.

Deshalb sagt die Fraktion DIE LINKE Nein zur militärischen Beteiligung am Krieg in Syrien und Ja zu Verhandlungen, die uns vielleicht einem Waffenstillstand in Syrien näher bringen. Um Ihre unsere Argumente näher zu bringen haben ich untenstehenden Text entwickelt, der Ihnen hoffentlich einige Antworten auf Ihre drängendsten Fragen zum Thema geben kann.

Wolfgang Gehrcke

Bomben werden keinen Frieden schaffen – warum DIE LINKE Nein sagt zum Einsatz der Bundeswehr im Syrien-Krieg

Als Antwort auf den Terroranschlag von Paris wird die Bundesregierung beantragen, in Syrien Recce-Tornados (Aufklärung) einzusetzen, mit einer Fregatte den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle abzusichern und Tankflugzeuge zur Verfügung zu stellen. Mit einem Satz: Deutschland wird aktiver Teil des Bürgerkrieges in Syrien. DIE LINKE lehnt dieses Vorgehen entschieden ab.

Frage: Warum ist DIE LINKE gegen den Einsatz der Bundeswehr in Syrien?

Antwort: Terror kann nicht militärisch besiegt werden. Die Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“ seit 2001 mit vielen Tausenden von Toten in Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen oder Pakistan zeigt: Krieg hat den Terror nicht eingedämmt oder gar beseitigt, sondern es ist immer noch mehr Terror entstanden. Mit jedem getöteten Zivilisten wächst die Empörung gegen den Westen und es wachsen neue Terroristen nach. Wir müssen aus dieser Gewaltspirale aussteigen. Dazu ist die Bundesregierung leider nicht willens. Stattdessen führt sie Deutschland in einen Kampfeinsatz gegen den Islamischen Staat in Syrien – ohne erkennbares Ziel und ohne absehbares Ende. Das ist keine Lösung für Syrien. Und das ist auch gegenüber der deutschen Bevölkerung unverantwortlich. Denn wenn Deutschland Teil des Bürgerkriegs in Syrien wird, wächst auch hier die Terrorgefahr. Deutschland hätte andere Aufgaben, als hier als weiterer militärischer Akteur aufzutreten. In den Verhandlungen über eine Friedenslösung für Syrien, die in den letzten Wochen zunächst hoffnungsvoll begonnen hatten, kann Deutschland eine konstruktive Rolle spielen – das wäre ein viel wirkungsvollerer Beitrag zur Bekämpfung von Terror.

Frage: Warum kann der Kampf gegen den Terrorismus militärisch nicht gewonnen werden?

Antwort: Alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass der „Krieg gegen den Terror“ nicht gewonnen werden kann. Der Krieg gegen den Terror hat in Afghanistan, im Irak, in Libyen und

zuletzt in Mali viele zivile Opfer gefordert. Das gilt auch für Syrien, wo zu den vielen Toten des Bürgerkriegs auch die zivilen Opfer der Luftangriffe der von außen intervenierenden Staaten kommen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Islamische Staat nicht nur in der Wüste bekämpft wird, sondern dass in seinen Hochburgen, die derzeit bombardiert werden, Hunderttausende von Zivilisten leben. Auch viele Soldaten der am „Krieg gegen den Terror“ beteiligten Länder haben ihr Leben gelassen. Das niederschmetternde Ergebnis: Die Länder, in denen dieser Krieg geführt wird, wurden destabilisiert. Die Situation für ihre Bevölkerungen wurde noch unerträglicher, viele mussten fliehen. Im Umfeld zerfallener Staaten gedeihen radikale Ideologien und erhalten islamistische Terrorgruppen erst recht ungebremsen Zulauf. Der IS ist überhaupt erst durch den Irak-Krieg, im Chaos der Nachkriegsjahre und im Widerstand gegen die US-Besatzung zu dieser Stärke herangewachsen.

Frage: Wie soll der Kampf gegen den IS geführt werden?

Antwort: Unter Bombenteppichen wächst kein Friede. Das gilt auch für das militärische Agieren von Russland, Frankreich, den USA und anderen in Syrien. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass dem IS, der Al-Nusra-Front und anderen terroristischen Organisationen neue Kämpfer zugetrieben werden. Es gäbe Möglichkeiten, den IS ganz entscheidend zu schwächen. Der IS ist die reichste Terrororganisation der Welt. Er hat Erdölfelder unter seiner Kontrolle und finanziert sich aus Ölverkäufen. Dieser Handel muss unterbunden werden. Internationale Bankkonten des IS müssen aufgespürt und eingefroren, der Handel mit geraubten Antiquitäten gestoppt werden.

Nach wie vor kann der IS seine Kämpfer, die ihm aus aller Welt zuströmen, und Nachschub über die Türkei in sein Territorium leiten. Doch die Regierung in Ankara konzentriert sich darauf, Krieg gegen die kurdischen Organisationen PKK und PYD zu führen, die sich wiederum in Syrien und Irak gegen den IS wehren. Deutschland hat hier Einwirkungsmöglichkeiten: Die Türkei, immerhin ein NATO-Partnerland und an diesem Wochenende Gesprächspartner der EU auf einem gemeinsamen Gipfeltreffen in Brüssel, muss die Angriffe gegen die Kurden einstellen und den Zustrom von IS-Kämpfern nach Syrien unterbinden. Deutschland und andere westliche Länder unterhalten engste politische und geschäftliche Beziehungen zu den Golfmonarchien. Aus diesen Ländern erhält der IS von reichen Familien Zuwendungen. Dieser Zufluss muss gestoppt werden.

Und schließlich: Ohne dass fortwährend Waffen u. a. aus Deutschland in die Region geliefert würden, wäre der Bürgerkrieg in Syrien für keine der Bürgerkriegsparteien so lange zu führen gewesen. Waffenverkäufe in die Region müssen beendet werden.

Frage: Wie beurteilt DIE LINKE die völkerrechtliche Seite des Tornado-Einsatzes?

Antwort: DIE LINKE sieht – neben allen politischen Bedenken, die für uns schwerer wiegen – auch ein Legitimitätsproblem. Weder liegt eine UNO-Resolution nach Kap. 7 VN-Charta vor, noch die Anforderung der syrischen Regierung für die Aufklärung durch Tornado-Flugzeuge der Bundeswehr. Das syrische Staatsgebiet ist völkerrechtswidrig für ‚vogelfrei‘ erklärt worden. Das halten wir für nicht akzeptabel. Die Fronten in diesem Krieg sind völlig unübersichtlich – es sind ja nicht nur die Fronten zwischen den Bürgerkriegsparteien, sondern auch die zwischen den externen Akteuren, die nur scheinbar alle dasselbe Ziel, die Bekämpfung des IS, haben, in Wirklichkeit aber für ihre eigenen Interessen kämpfen – auch gegeneinander. Der Abschuss eines russischen Militärflugzeugs durch die Türkei hat gezeigt, welches internationale Eskalationspotenzial in dieser Gemengelage steckt.

Frage: Wie bewertet DIE LINKE die Beistandsverpflichtung des EU-Vertrages in diesem Zusammenhang?

Antwort: Frankreich hat nach dem Terroranschlag von Paris die Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages angerufen. Die Verteidigungsminister der EU-Mitgliedsstaaten haben der Interpretation des Anschlags als militärischen Angriff auf das Territorium Frankreichs zugestimmt und die Beistandspflicht akzeptiert. Damit ist ein Bündnisfall hergestellt. Auch wenn

der Artikel nicht automatisch einen militärischen Beistand vorsieht, wird er nun von der Bundesregierung hergenommen, um sich fortan am französischen Militäreinsatz zu beteiligen. Die Mitwirkungsrechte des Bundestags wurden in diesem Verfahren grob missachtet. Wir kritisieren die Verteidigungsministerin dafür, dass sie – ohne Rücksprache mit dem Bundestag – einem solchen Beistand zugestimmt hat und ihn nun militärisch leisten will. Vor allem aber teilen wir überhaupt nicht die Prämisse für die Beistandsklausel. Frankreich ist nicht „von außen“ militärisch angegriffen worden ist, sondern war Ziel eines kriminellen Terroraktes. Soweit bekannt, waren die Attentäter französische oder belgische Staatsbürger. Sie müssen polizeilich und strafrechtlich verfolgt werden.

Frage: Ist Deutschland nicht verpflichtet, Frankreich im Kampf gegen den Terrorismus beizustehen?

Antwort: Ja, aber Form dieser Unterstützung kann Deutschland selbst bestimmen und es besteht keinerlei Verpflichtung, dies mit militärischen Mitteln zu tun.

Frage: Kann der Kampf gegen den Terror gewonnen werden?

Antwort: Wir können den Kampf gegen Terror gewinnen, wenn wir ihn richtig führen. Krieg in fernen Ländern wird uns dabei nicht weiterhelfen. Das beste Mittel gegen die Ausweitung des Terrors ist soziale Prävention. Global – indem wir den „Krieg gegen den Terror“ mit seinen zerstörerischen Wirkungen auf die betroffenen Gesellschaften stoppen, indem wir uns für ein gerechteres Weltwirtschaftssystem einsetzen und Perspektiven für die junge Bevölkerung schaffen. Aber auch in unseren europäischen Gesellschaften, die ja die Terroristen von Paris hervorgebracht haben – mit Jugendsozialarbeit, maßgeschneiderten Bildungsangeboten, Hilfsangeboten für Familien in schwierigen Verhältnissen, Jobangeboten in einem öffentlichen Beschäftigungssektor etc. Der Staat muss hier viel aktiver werden, um der weiteren Ausgrenzung entgegenzuwirken. Leider sehen wir, dass in diese Richtung viel zu wenig getan wird. Stattdessen überschlägt sich die Politik mit Vorschlägen für repressive Terrorbekämpfung, die aber letztlich die Freiheit Aller einschränken werden, ohne Terror wirklich verhindern zu können.

Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Leiter des AK Internationale Politik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag